

Antrag

der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine konsequente und vollständige Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens in Mazedonien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mazedonien hat in den vergangenen zwei Jahren deutliche Fortschritte auf dem Weg zu politischer Stabilität und der weiteren Annäherung an die Europäische Union gemacht. Der Sieg des Sozialdemokratischen Bündnisses für Mazedonien (SDSM) bei den Parlamentswahlen im Herbst 2002, der reibungslose Regierungswechsel und die Koalition mit der albanischen Demokratischen Union für Integration (DUI) sowie die Wahl Branko Crvenkovskis zum Präsidenten Mazedoniens, nach dem tragischen Tod von Präsident Boris Trajkovski, unterstreichen die Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen und die politische Stabilität in Mazedonien.

Diese innenpolitisch erfolgreiche Entwicklung ist dem mit internationaler Hilfe von USA, EU, NATO und OSZE im August 2001 ausgehandelten politischen Rahmenabkommen zur Befriedung und Stabilisierung Mazedoniens, dem Ohrider Rahmenabkommen, zu verdanken. Das Abkommen hat die andauernden kriegsähnlichen Auseinandersetzungen im ersten Halbjahr 2001 zwischen den ethnisch-mazedonischen und den ethnisch-albanischen Staatsbürgern beendet. Die konsequente und vollständige Umsetzung der Verpflichtungen aus diesem Abkommen bestimmt bis heute die innenpolitische Agenda in Mazedonien. Das Abkommen sieht Verfassungsänderungen vor, die den albanischen Mazedoniern faktisch den Rang eines zweiten Staatsvolkes zuerkennen. Zu den Rechten der großen albanischen Minderheit soll künftig die Selbstverwaltung gehören, Albanisch als zweite Amtssprache in Gemeinden mit mehr als 20 Prozent Bevölkerungsanteil, höhere Schulausbildung in albanischer Sprache, adäquate Teilnahme der albanischen Mazedonier im öffentlichen Dienst und auch in allen Rängen von Polizei und Armee.

Die militärische Stabilisierung dieses Prozesses wurde zuerst durch die NATO mit den Militärmissionen „Essential Harvest“, „Amber Fox“ und „Allied Harmony“ garantiert. Danach folgte die erste EU-geführte Militärmission „Concordia“, die auf Bitten der mazedonischen Regierung bis Ende 2003 die weitere Stabilisierung des Friedensprozesses in Mazedonien sicherte. Seitdem stellt die Europäische Union die Polizeimission „Proxima“, deren Mandat bis Dezember 2005 verlängert worden ist.

Eingebettet ist diese innenpolitische Entwicklung in einen Prozess der Annäherung an die Europäische Union, der bereits mit dem 2001 abgeschlossenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) angefangen hat. Eine klare EU-Integrationsperspektive gibt es für Mazedonien seit dem Gipfeltreffen der

Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Thessaloniki im Juni 2003. Schließlich hat sich die mazedonische Regierung mit dem Beitrittsantrag zur Europäischen Union vom März 2004 klar auf Beitrittsverhandlungen mit der EU eingestellt.

Die Implementierung des Rahmenabkommens von Ohrid ist der Schlüssel für die Fortsetzung eines erfolgreichen Weg Mazedoniens in die Europäische Union und in die NATO. Die Umsetzung des gefundenen Kompromisses, den die Regierungsparteien SDSM und DUI in der Frage der kommunalen Aufteilung erzielt haben, ist wesentlich für den Frieden und die Stabilität in Mazedonien. Das für den 7. November 2004 geplante Referendum ruft die Bevölkerung Mazedoniens auf, die Gesetze über die territoriale Neuaufteilung abzulehnen und an der seit 1996 bestehenden Aufteilung festzuhalten. Damit steht es im Widerspruch zum Geist des Ohrider Rahmenabkommens, das eine Revision der Aufteilung als Voraussetzung für das einzuführende Dezentralisierungsgesetz vorschreibt. Ein Erfolg des Referendums würde das Vertrauensverhältnis, das auf Grundlage des Ohrider Rahmenabkommens aufgebaut wurde, und den darin gefundenen Ausgleich zwischen ethnisch-mazedonischen und ethnisch-albanischen Mazedoniern untergraben.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

- den Kompromiss der beiden Regierungsparteien bezüglich der Neugliederung der Kommunalen Gebietskörperschaften und der damit zusammenhängenden Dezentralisierung,
- die substantiellen Fortschritte in der Implementierung des Ohrider Rahmenabkommens, darunter die erfolgte Volkszählung, Nutzung der Minderheitensprachen, die Anerkennung der albanischen Universität von Tetovo, Schaffung eines Ombudsmanns, die Besetzung von Stellen durch albanische Mazedonier im öffentlichen Dienst,
- die mit dem Beitrittsantrag der Republik Mazedonien zur Europäischen Union dokumentierte eindeutige Orientierung auf die europäischen Werte.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich im Vorfeld der Abstimmung des Referendums gegen die Gesetze zur territorialen Neuordnung eindeutig für die endgültige Umsetzung des Ohrider Rahmenabkommens einzusetzen;
- sich langfristig für die Stabilisierung des Versöhnungsprozesses zwischen ethnisch-albanischen und ethnisch-mazedonischen Staatsangehörigen zu engagieren und die Umsetzung der im Ohrider Rahmenabkommen verabredeten Maßnahmen zur Wahrung der Minderheitenrechte zu begleiten und zu unterstützen;
- sich innerhalb der Europäischen Union für die Annahme des verfassungsmäßigen Namens Republik Mazedonien einzusetzen.

Berlin, den 27. Oktober 2004

Franz Müntefering und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion